

Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß - denn: Sinnloses Sparen ist volkswirtschaftlicher Unfug!

Die Linksfraktion im Kreistag Aurich beantragt, dass der Kreistag Aurich folgenden Änderungsantrag zum vorgelegten Haushaltsentwurf verabschiedet:

I. Der Kreistag Aurich stellt fest:

1. Das Grundproblem der kommunalen Haushalte sind die unzureichenden Einnahmen, die eine sachgerechte Aufgabenerledigung ohne Verschuldung unmöglich macht. Die Ursache dafür liegt vor allem im unsozialen Steuersystem. Seit über 20 Jahren entlastet jede Bundesregierung im Einklang mit dem Bundestag und mit Unterstützung des Bundesrates durch so genannte Steuerreformen in skandalöser Weise die Reichen, die sich dadurch auf legale Weise ihrer Mitverantwortung für die Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Aufgaben entziehen können. Durch diese Umverteilung von unten nach oben verlieren die Kommunen wichtige Steuereinnahmen, wodurch ihre Leistungs- und Funktionsfähigkeit mutwillig eingeschränkt und gefährdet wird.
2. Außerdem leiden die Kommunen unter einer falschen Finanzarchitektur, in der die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung auseinander fällt. So werden Landkreise, Städte und Gemeinden an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben, wie beispielsweise der vorschulischen Betreuung und den aus der Massenarbeitslosigkeit resultierenden Kosten beteiligt, obwohl dafür der Bund die Verantwortung trägt und deswegen auch allein dafür zahlen müsste.
3. Durch die ständige Entlastung vermögender Bevölkerungsschichten zu Lasten der normalverdienenden Bürgerinnen und Bürger wird unter anderem die Binnenkonjunktur abgewürgt und die Massenarbeitslosigkeit gefördert. Dadurch wächst die Anzahl derjenigen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind. Die Kommunen sind alleine überfordert, die damit verbundenen negativen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufzufangen. Jedoch stellt sich der Kreistag Aurich seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, indem er erklärt, mit der neoliberalen Politik der Sozialstaatszerstörer zu brechen. Kommunalpolitik ist mehr als nur das Nachvollziehen der volkswirtschaftlich unverantwortlichen wie unsozialen Politik, wie sie vom Bund und vom Land derzeit betrieben wird.
4. Deswegen verpflichtet sich der Kreistag Aurich, eine neue Balance zwischen dem bisher vorherrschenden Ziel der Haushaltskonsolidierung und einer Politik zu finden, die neue Impulse für mehr sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit und eine Stärkung der sozialen Infrastruktur ausstrahlt, wozu ausdrücklich auch der öffentliche Dienst gehört. Deswegen beurteilt der Kreistag Aurich alle Haushaltsausgaben und alle denkbaren Einsparungen unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Kurzfristige Einspareffekte, die schnell verpuffen oder zu Lasten anderer öffentlichen Kassen gehen, werden daher strikt abgelehnt. Einsparungen sollen demgegenüber in Bereichen vorgenommen werden, die volkswirtschaftlich

Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß - denn: Sinnloses Sparen ist volkswirtschaftlicher Unfug!

bedenklich und wenige bis gar keine Impulse für den regionalen Arbeitsmarkt mit sich bringen.

II. Deswegen beschließt der Kreistag Aurich:

1. Die im Vermögenshaushalt eingesetzten Planungskosten zur Anbindung der A 31 in Höhe von 50.000 Euro im Jahr 2007 werden gestrichen. Stattdessen werden diese Gelder im Rahmen eines noch zu verabschiedenden Programms zur Energieeinsparung eingesetzt und solange mit einem Sperrvermerk versehen.
2. Im Haushaltskonsolidierungskonzept wird auf Seite 2 der Punkt *Reinigungsdienst* wie folgt geändert: Die Arbeitsabläufe im Reinigungsdienst sollen überprüft und in enger Abstimmung mit den Beschäftigten und dem Personalrat ggf. optimiert werden. Dabei wird auf eine Privatisierung oder eine Auslagerung von Teilarbeiten auf private Anbieter verzichtet.
3. Im Haushaltskonsolidierungskonzept wird auf Seite 4 der Punkt *Wirtschaftlich geführte Betriebe* wie folgt geändert: Wirtschaftlich geführte Betriebe sollen in der Regel so geführt werden, dass keine Bezuschussung durch den Kreis erforderlich wird. Werden jedoch bei ihnen durch die Gesetzgebung des Bundes und/oder des Landes höhere Kosten verursacht, wird der Landkreis in Form eines Nachtragshaushalts die unverschuldet auftretende Mehrbelastung übernehmen. Dies kann im Jahr 2007 auf den Rettungsdienst und auf die Ubbo-Emmius-Klinik (UEK) zutreffen. Insbesondere dem UEK stehen durch den so genannten Solidaritätsbeitrag im Rahmen der so genannten Gesundheitsreform neue Belastungen ins Haus. Jedoch sind den Beschäftigten nach den Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre keine weiteren Opfer abzuverlangen. Auch lehnt der Kreistag eine materielle (Teil-) Privatisierung des UEK ab.

Aurich, den 30. Januar 2007

Für Die Linke. im Kreistag Aurich



Martin Heilemann
Fraktionsvorsitzender